



Niedersächsische Staatskanzlei  
Herrn CdS Dr. Mielke  
Planckstraße 2  
30169 Hannover

Ellernstr. 38  
D-30175 Hannover

Telefon 0511.3539883-0  
Telefax 0511.35398 83-6  
post@nbb.dbb.de  
www.nbb.dbb.de

23. März 2021

Sehr geehrter Herr Dr. Mielke,

als Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion und damit Verbandsvertretung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen haben wir am heutigen Morgen das Ergebnis der Bund-Länder-Beratungen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom gestrigen Tage zur Kenntnis genommen.

Wenngleich wir vor dem Hintergrund der weiterhin andauernden besonderen Krisensituation absolutes Verständnis für die Schwierigkeiten in der Kompromissfindung politischer Entscheidungen haben, führen einzelne Ergebnisse dieser Beratungen sowohl in unseren Mitgliedsgewerkschaften, gleichzeitig aber auch bei unseren Mitgliedern, zu intensiven Fragestellungen.

Dabei haben wir die Ergebnisse der soeben durchgeführten Pressekonferenz des Herrn Ministerpräsidenten und den dort geschilderten Zeitplan zur Umsetzung der nunmehr erforderlichen Verordnung durchaus zur Kenntnis genommen und gehen somit von der Bekanntgabe einer Eilverkündung frühestens am kommenden Wochenende aus.

Dabei bewegt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insbesondere die Frage, wie seitens der Landesregierung der Begriff der „erweiterten Ruhezeiten“, insbesondere auf den Gründonnerstag auszulegen sein wird. Wir möchten in diesem Zusammenhang dringend darauf hinweisen, dass insbesondere aus personalplanerischen Gründen die Bekanntgabe einer Entscheidung seitens der Landesregierung, so in der Frage

- ob und in welchem Umfang die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an diesem Tage ihren Dienst zu versehen haben,

- ob dies gleichzeitig eine Befreiung von der Wahrnehmung im Homeoffice bedeutet und
- inwiefern das gesetzlich verankerte Zulagenwesen (Sonn- und Feiertagszuschläge) in diesem Kontext in Frage kommt

jetzt aktuell zu klären und dem nachgeordneten Bereich zu übermitteln ist. Nach unserem Dafürhalten wäre eine Bekanntgabe am kommenden Wochenende, beziehungsweise zu Beginn der Woche, definitiv nicht ausreichend. Wir möchten Sie daher um eine möglichst umgehende Klarstellung bitten.

Gleichzeitig möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die nach wie vor nicht realisierte Teststrategie der niedersächsischen Landesregierung in den Kreisen unserer Mitglieder zunehmend Unmut hervorruft. Wir hatten uns zu diesem Thema bereits in der vergangenen Woche intensiv ausgetauscht.

Dies aufgreifend möchten wir an Sie und die niedersächsische Landesregierung erneut appellieren, losgelöst von einer allgemeinen Teststrategie, insbesondere dort die Voraussetzungen für Testmaßnahmen zu schaffen, wo die Wahrnehmung der eigenen Tätigkeit im Homeoffice nicht oder nur eingeschränkt möglich ist.

Die Beschäftigten in unseren Bereichen klagen zunehmend darüber, dass unabhängig von nicht ausreichend vorhandenen Kapazitäten und den bekannten Problemen in der Beschaffung der Impfstoffe, nunmehr offensichtlich nicht einmal mehr die Wahrnehmung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Zuge politischer Entscheidungen eine Rolle spielt. Wir bitten daher mit Nachdruck darum, möglichst umgehend und vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen eine Teststrategie für den öffentlichen Dienst, mindestens analog zu den Beschäftigten in den Bildungsbereichen, zu realisieren.

Für eine kurzfristige Abstimmung zu diesen Fragen stehen wir Ihnen gerne und jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Zimbehl  
1. Landesvorsitzender



Dr. Peter Specke  
2. Landesvorsitzender